

Antragsnummer: P1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Weiterleitung an: SPD Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD

Bundesparteitag

Zum GroKo-Deal

1 Wir stehen der großen Koalition auf Bundesebene sehr kritisch gegenüber und setzen hohe Maßstäbe an
2 die Umsetzung sozialdemokratischer Themen aus dem Koalitionsvertrag.

3 Die Jusos haben sich vor dem Mitgliederentscheid deutlich positioniert: Der Koalitionsvertrag wird den
4 Forderungen aus dem Wahlkampf nicht gerecht. Wir haben für einen Politikwechsel gekämpft, den wir in
5 dieser großen Koalition unter der Führung von Angela Merkel nicht verwirklicht sehen.

6 Dennoch ist klar: Das Ergebnis des Mitgliederentscheids mit seiner deutlichen Befürwortung der großen
7 Koalition akzeptieren wir. Die nächsten 4 Jahre sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung gilt es nun zu
8 nutzen um möglichst viele Punkte unseres Wahlprogramms in Regierungshandeln umzusetzen. Wir hal-
9 ten es für falsch, wenn die Entscheidung bei Genossinnen und Genossen zu Resignation oder gar Partei-
10 Austritten führt.

11 Die Regierungszeit wird kein Zuckerschlecken – weder für die Funktionäre auf Bundesebene noch für die
12 Parteibasis. Wir werden uns stets im Spannungsfeld zwischen unserer sozialdemokratischen Grundüber-
13 zeugung und den Forderungen unserer konservativen Koalitionspartner befinden. Daher müssen unsere
14 Bundestagsabgeordneten in den nächsten Jahren mehreren Rollen gerecht werden.

15 Rolle 1: Umsetzen zentraler sozialdemokratischer Themen!

16 Die folgenden Themen sind aus unserer Sicht die zentralen Fragen, auf die es in der Großen Koalition an-
17 kommen wird:

18 • Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn muss kommen! Er muss ab 2015 (bzw. mit der Über-
19 gangsfrist bei existierenden Tarifverträgen 2017) mit 8,50€ verbindlich in ganz Deutschland eingeführt
20 werden. Dabei darf es keine regionalen Ausnahmen, zeitlichen Verschiebungen oder andere Ausreden
21 geben. Wer in diesem Land arbeitet, muss von seinem Lohn ohne weitere Transfermaßnahmen vernünf-
22 tig leben können!

23 • Die Befristung der Ausnutzung von LeiharbeiterInnen und die Einschränkungen des Missbrauch
24 von Werkverträgen sind erste Schritte auf einem Weg zu einer besseren Arbeitsmarktpolitik. Von ihnen
25 darf kein Stück abgewichen werden!

26 • Auf dem Weg zur besseren Gleichstellung in der Gesellschaft ist die gesetzliche Frauenquote in Auf-
27 sichtsräten ein ebenso sinnvolles Instrument wie das Entgeltgleichheitsgesetz. Für uns Jusos ist eine
28 komplette Gleichstellung der Geschlechter längst überfällig!

29 Rolle 2: Einbringen weiterer sozialdemokratischer Akzente!

30 Uns ist bewusst, dass ein Koalitionsvertrag noch kein Regierungsergebnis ist. Daher wird es in den nächs-
31 ten 4 Jahren darauf ankommen, weitere sozialdemokratische Themen durchzusetzen, auch wenn sich
32 der Koalitionsvertrag dazu ausschweigt:

33 • Die Studierenden in Deutschland brauchen eine starke gesetzliche Studienfinanzierung, die den realen
34 Lebensbedarf der Studierenden deckt. Das BAföG ist in den letzten Jahren nicht adäquat der Lebensreali-
35 tät der Studierenden angepasst worden. Dass der Koalitionsvertrag hier bisher keine Erhöhungen der Be-
36 darfssätze und Ausweitungen der Bezugsberechtigten vorsieht, kritisieren wir aufs Schärfste. Hier muss
37 die Regierung dringend tätig werden.

38 • In der öffentlichen Debatte sind die Oppositionsrechte ein wichtiges Thema, bei der VertreterInnen der
39 Großen Koalition gerne vollmundig bekunden, dass man die nun existierende Klein-Opposition angemess-
40 sen beteiligen werde. Uns reichen diese warmen Worte jedoch nicht aus. Eine Demokratie braucht eine
41 Opposition und eine Opposition braucht gewisse Rechte um eine Regierung kontrollieren zu können. Da-

1 her muss die Koalition der Opposition mindestens 30% der Redezeit im Bundestag sowie das formelle
2 Recht zur Einreichung einer Normenkontrollklage zubilligen.

3 • Die SPD hat eine klare Vision eines sozialen Europas. Die Festung Europa mit einer solidarischen Asyl-
4 politik zu überwinden, die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und die Finanzmärkte zu regulieren,
5 Staaten in Krisensituationen wirtschaftlich zu unterstützen und Menschen anderer Herkunft zu integrie-
6 ren sind nur einige Punkte unseres internationalistischen Politikansatzes. Euro-Gegner_innen wie der
7 AfD und fremdenfeindlichen Äußerungen aus Reihen der CSU erteilen wir eine klare Absage. Hier gilt es
8 für die SPD in der Regierung Stärke zu zeigen – Hoch die internationale Solidarität!

9 • Unstrittig ist die Energiewende ein zentrales Projekt dieser Regierung, an der sie sich messen lassen
10 muss. Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag sind leider viel zu zurückhaltend. Der Weltklimarat hat in
11 seinem neuesten Bericht aus dem November 2013 alarmierende Veränderungen im Klimasystem heraus-
12 gearbeitet. Der Erwärmung der Atmosphäre und der Ozeane, der Verringerung von Schnee- und Eismen-
13 gen, steigenden Meeresspiegeln und höherer Konzentration von Treibhausgasen wollen wir mit einem
14 schnellen Umstieg auf einen regenerativen Energiemix aus Wind-, Solar- und Biomasse begegnen. Eine
15 Verlängerung der Kernenergie ist für uns keine Option. Stattdessen fordern wir stärkere Investitionen in
16 die neuen Energien – das ist energiepolitisch sowie arbeitsmarktpolitisch der einzig zukunftsfähige Weg
17 für dieses Land.

18 Rolle 3: Selbstbewusste Opposition innerhalb der Regierung!

19 Wir fordern von unseren Bundestagsabgeordneten- und MinisterInnen aber noch eine dritte Rolle, die
20 Opposition innerhalb der Regierung. Es gibt zentrale Themen, die wir Sozialdemokratinnen und Sozialde-
21 mokraten im Wahlkampf bekämpft haben und die wir weiterhin für falsch halten. Dies muss eine selbst-
22 bewusste SPD auch in Regierungsverantwortung vertreten:

23 • Das Betreuungsgeld der CSU ist und bleibt eine Farce! Wir möchten keine reichen Familien dafür be-
24 lohnen, dass sie ihre Kinder aus sozialen Einrichtungen wie KiTas fernhalten, die nach wissenschaftlichen
25 Studien einen sehr positiven Einfluss auf die soziale Entwicklung haben. Wir Jusos kämpfen weiterhin für
26 die Abschaffung des Betreuungsgeldes, weil es sozialpolitisch, familienpolitisch und finanzpolitisch aufs
27 Abstellgleis führt.

28 • Die Maut für AusländerInnen darf niemals eingeführt werden. Der vage Prüfauftrag im Koalitionsver-
29 trag und die Aussagen von SPD-Spitzenpersonal, dass die Maut nur komme, wenn Weihnachten und Os-
30 tern auf einen Tag fallen, steht in einem krassen Missverhältnis zu Aussagen des CSU-Vorsitzenden, der
31 sich nahezu täglich für die Einführung der Maut für Ausländer feiern lässt. Es ist zu wenig, wenn die SPD
32 dabei mithilft eine Maut einzuführen, die deutsche Autofahrer nicht finanziell belastet. Wir stellen uns
33 komplett gegen die Maut – unsere ausländischen Freunde sind ausdrücklich herzlich willkommen!

34 • Wir haben uns nicht aus Spaß im Wahlkampf für den Ruf nach Steuererhöhungen beschimpfen lassen.
35 Wir Jusos sind der festen Überzeugung, dass wir über ein gerechteres Steuersystem und eine Umvertei-
36 lung von höheren zu niedrigeren Einkommen die Gesellschaft gerechter und solidarischer gestalten kön-
37 nen. Wir sind überzeugt, dass der Zeitpunkt innerhalb der Legislatur kommen wird, wenn auch Kräfte in
38 der Union die Notwendigkeit von Steuererhöhungen nicht mehr von der Hand weisen können. Für die-
39 sen Moment muss die SPD vorbereitet sein.

40 Rolle 4: Die Parteierneuerer!

41 Unabhängig vom Ausgang des Mitgliederentscheides war dieses Instrument ein voller Erfolg. Selten ha-
42 ben sich die SPD-Mitglieder so intensiv mit den Details der Koalitionsverhandlungen befasst. Selten gab
43 es ein solch großes Medieninteresse zur Gemütslage der Parteibasis. Niemals wären die inhaltlichen For-
44 derungen der SPD in den Koalitionsverhandlungen so ernst genommen worden, wenn CDU/CSU nicht
45 Sorge vor einem drohenden Scheitern der Befragung gehabt hätte. Vermutlich hätte auch die SPD-Partei-
46 spitze niemals so intensiv auf die Wünsche der Basis gehört, wenn sie sich nicht dem Votum der Mitglie-
47 der hätte stellen müssen. Daher bewerten wir diese Abstimmung als positiven Schritt um die SPD zu-
48 kunftsfähig zu machen. In der nächsten Legislatur müssen aber weitere Schritte folgen – parteiintern so-

1 wie in der Öffentlichkeit.

2 Wie wichtig die Wahrnehmung der SPD in der Öffentlichkeit ist, haben wir im Wahlergebnis nach der
3 letzten großen Koalition gesehen. Es wäre jedoch falsch, nun davon auszugehen, dass die SPD automa-
4 tisch bei der nächsten Bundestagswahl ebenso abgestraft wird. Wir Jusos wissen: Wer kämpft kann ver-
5 lieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren! Daher gilt es in den nächsten Jahren unsere Erfolge, nach -
6 dem sie errungen wurden, auch in der Öffentlichkeit entsprechend zu kommunizieren.

7 Parteiintern wünschen wir uns eine weitere Öffnung und Modernisierung der Partei. Gerade junge Mit-
8 glieder fühlen sich oftmals in starren Ortsvereinsstrukturen nicht richtig angesprochen. Hier gilt es für
9 die Ortsvereine ihre Angebote auf alle Altersgruppen zuzuschneiden und gleichzeitig für die Partei alter-
10 native Formen der Partizipation zu schaffen.